

Preussischer Landtag.

Herrenhaus.

Sitzung vom 20. Mai 1912.

Am Ministerialhof: Handelsminister Dr. Sydow. Präsident v. Wedel-Wiesdorf, dessen Platz aus Anlaß seines 75. Geburtstages mit einem Blumenarrangement geschmückt ist, eröffnete die Sitzung um 12 1/2 Uhr.

Der Gegenstand der heutigen Sitzung ist der 12. Artikel des Allgemeinen Verordnungs-Gesetzes (Knappschulden) wurde nach kurzen Ausführungen des Oberbergrates a. D. Dr. Weidmann nach den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses einbezogen.

Dem Vertrag zwischen Preußen und Dänemark betr. die Übernahme des maritimen Schutzes des Dänischen Seehandels und der Dänischen Seefischerei durch Preußen und die dagegen von Dänemark an Preußen gezahlte Abtretung zweier Gebietsstücke am Norddeutschen Kanal, ein Verzeichnis der Abtretung der Grundstücksaufstellungen, Gemeinheitsstellungen und Abtretungen auf die preussischen Auseinandersetzungsbehörden, sowie dem Staatsverträge zwischen Preußen und dem Fürstentum Schwarzburg-Rudolstadt wegen anderweitiger Regelung der Abtretung von Grundstücksverhältnissen auf die preussischen Auseinandersetzungsbehörden.

Dieser wurde die Entscheidung beim Etat der Anstellungs-Kommission fortgesetzt, der ohne Debatte genehmigt wurde.

Bei der Beratung der Anstellungs-Kommission führte Oberbürgermeister Dr. Wilms-Vohsen aus: In der Aufstellung von Stellen zur Befriedigung ist in letzter Zeit ein Rückgang zu verzeichnen. Die Regierung steht auf dem Standpunkt, daß die Entscheidung nur im Fall des Beweises stattfinden soll. Es scheint demnach, daß eine Revision der Anstellungs-Kommission der Regierung stattgefunden hat. Ich hoffe, daß die Regierung im Interesse der Stärkung des Deutschtums an den bisherigen Grundfragen der Anstellungs-Kommission festhalten wird.

Landwirtschaftsminister Herr v. Schorlemer: Für die Anstellungs-Kommission der Regierung trägt nicht ein einzelner Minister, sondern das ganze Staatsministerium die Verantwortung. Die Anstellungs-Kommission konnte im letzten Jahr ohne wesentliche Einschränkung fortgesetzt werden. Wegen der hohen Güterpreise mußten wir uns beim Landbau etwas Zurückhaltung auferlegen. Um den nötigen Landbau zu fördern, hat mich die Staatsregierung beauftragt zu erklären, daß in den Fällen, wo der Grundbesitz veräußert wird, ohne Rücksicht, ob es sich um polnischen oder deutschen Besitz handelt, von der Befreiung der Enteignung Gebrauch gemacht wird. Es handelt sich nicht darum, unter allen Umständen zu enteignen, sondern nur zu dem Zweck, um unsere Landbau zu fördern. Eine grundsätzliche Schwächung der Regierung in der Anstellungs-Kommission ist nicht eingetreten. (Beifall.) Graf Zoltz zu Sifferingen: Ich halte die Anstellungs-Kommission der Regierung weder für gerecht noch für zweckmäßig.

Die Denkschrift wurde hierauf durch Kenntnisnahme für erledigt erklärt.

Beim Etat des Ministeriums des Innern führte Staatsminister a. D. Dr. v. Stubi aus: Eine gesetzliche Regelung des Haftentzuges ist erforderlich. Der Schuldentilgungsweg muß energischer als bisher gesehen ist, eingeleitet werden. Der deutsche Bundeshand sollte sich die ehrenvolle Aufgabe stellen, gegen eine beratige Schuldentilgung energisch anzukämpfen. Um Hinblick auf die Arbeitslosigkeit zu berücksichtigen, ist bei der Verteilung von Haftentzügen größere Rücksicht zu nehmen.

Unterstaatssekretär Holz: Ich bin ersichtlich bemüht, die Frage des Haftentzuges im Wege der Polizeiverordnungen zu regeln. Eine grundsätzliche Regelung dieser Frage ist nur durch Reichsgesetze zu erwarten. Zur Bekämpfung der Schuldentilgung sind eine Reihe von Maßnahmen, zum Teil auch durch internationale Vereinbarungen, ergriffen worden.

v. Puttkamer: Ich bedauere sehr lebhaft, daß im Reichstag ein Sozialdemokrat Preußen schmähend nennt, ohne daß vom Präsidenten rechtzeitig und mit Nachdruck dagegen eingeschritten wäre. Ich bin dem Reichstag dankbar dafür, daß er mannhaft für Preußen eingetreten ist. (Beifall.)

General v. Meiß: Ich bin der Regierung dankbar, daß sie erfolgreich und energisch im Kassenstreit eingeschritten ist. Der Schutz der Arbeitslosigkeit muß notwendigerweise durch gesetzliche Maßnahmen gewährleistet werden. Durch das weitere Vordringen der Sozialdemokratie wird zweifellos der Bestand des Reiches gefährdet. Soll nun Preußen mit verächtlicher Armut zufrieden sein, wie das Deutsche Reich zu Grunde geht? Es ist Pflicht des preussischen Abgeordneten, der weiteren Demokratisierung des Reiches Einhalt zu tun durch den Kampf gegen die sozialdemokratische Sozialdemokratie. Der Kampf ist das, was die Regierung dem Schicksal des Reiches entsprechend, das Volk um die heiligen Pflichten (namlich zum Kampf gegen die Sozialdemokratie. (Beifall) Beifall und Gänzelaffen.)

Oberbürgermeister Dr. Bender-Breslau befrwortete eine großstädtische Wohnungsfrage seitens der Stadt Berlin. Auch die Eingemeinderfrage müßte von großen Gesichtspunkten aus betrachtet werden.

Graf Kanngießer brachte seine Zeilnahme über das Ableben des bänischen Königs an deutschen Boden aus und begründete seinen Antrag, in welchem die Regierung aufgefordert wird, zur Stärkung und Erhaltung des Deutschtums in Nordfriesland in der Provinz irredentistische Danziger-Abtretungen energisch fortzusetzen und Maßnahmen zu ergreifen, durch welche die Deutschen Nordfriesländer gefördert werden. Weiter dankte dem Minister für seine entschiedene und energische Sprache im Abgeordnetenhaus gegenüber den Dänen sowie dafür, daß die Anstellungs-Kommission auf Nordfriesland ausgebeugt werden soll. Wir denken nicht daran, bänische Kultur, Sitten und Sprache zu bekämpfen, wir meinen uns nur dagegen, daß die Dänen ihre Kultur und Sitten den Deutschen aufzupropfen wollen. Wir wünschen in der nordfriesländischen Frage kein Schwanken und keinen Rückfall in eine Verwöhnungspolitik, sondern eine ruhige, feste, energische Sprache, wie es der Reichstag verlangt. (Beifall) Beifall und Gänzelaffen.) Oberbürgermeister Dr. Zoltz-Breslau: Die Erfolge in Nordfriesland wären noch größer gewesen, wenn die Regierung eine größere Beteiligung in der Dänenpolitik gezeigt hätte.

Staatssekretär a. D. v. Müller: Seit der schwachen Handhabung der Dänenpolitik im Jahre 1907 werden die Deutschen von den Dänen brangeführt. Es wäre ein großer Fehler, wenn die demoralischen naturalisiert werden würden.

Professor Dr. Meiß: Wir wollen den Dänen ihre Kultur, Sprache und Sitten nicht rauben, wir erwarten aber, daß die Dänen ihren Schwanken einer Völkermischung Nordfrieslands zu zuleben lassen lassen.

Oberbürgermeister Dr. Zoltz-Breslau: Wir stehen an der Spitze des uns bekundenden Königs von Dänemark, und ich

freue mich, daß die Dänen einen so ruhigen Verlauf genommen haben. In den nächsten Tagen wird uns die Verfassungsfrage vorgelegt, ich hoffe, daß die Regierung recht fest auf diesem Wege weiter fortzukommen möge. (Beifall.)

Landwirtschaftsminister Herr v. Schorlemer: Das Staatsministerium nimmt bezüglich Anteil an den Gefühlen, welche unser Nachbarn an der Verlesung unserer Verfassungsbekanntend Königs empfinden. Gegenüber den nationalen Bestrebungen der Dänen halten wir ein energisches und zielbewusstes Eingreifen zum Schutz und zur Stärkung des Deutschtums in Nordfriesland für notwendig.

Unterstaatssekretär Holz: Die Heimatslosen können entweder nach dem Willen oder nach dem Auslande gehen. Beides tun sie nicht. Wir denken nicht daran, sie zu naturalisieren.

Der Antrag des Grafen Kanngießer wird einstimmig angenommen.

Nach kurzer weiterer Debatte wurde der Etat des Ministeriums des Innern genehmigt.

Nächste Sitzung Dienstag 11 Uhr: Fortsetzung der Etatsberatung, kleinere Verträge, Petitionen.

Schluß 7 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

Sitzung vom 20. Mai 1912.

Am Ministerialhof: Justizminister Niemand. Dr. Haus und Tribünen waren gut besetzt. Der Platz des Abg. Dr. v. Schendehoff (Nat.) war anlässlich seines 75. Geburtstages mit Blumen geschmückt.

Präsident Herr v. Cressa eröffnete die Sitzung um 11 1/2 Uhr. Auf der Tagesordnung standen zunächst die Anträge Knappschulden (Herrsch. Vpt.) und Gen. und Reichsberg (Nat.) und Gen. betreffend die Änderung des Reichswahlrechts und der Wahlbezirke.

Zur Begründung des freiwahligen Antrages erhielt das Wort: Abg. Dr. Wiemer (Herrsch. Vpt.): Für unseren Grundantrag auf Einführung des allgemeinen direkten und geheimen Wahlrechts wird, wie wir glauben, im Hause keine Mehrheit vorhanden sein. Wir wollen aber sehen, ob für das direkte und geheime Wahlrecht eine Mehrheit hier besteht, und es ist sehr zu begehren, daß Minister v. Dalmow nicht anwesend ist, um unsere Wünsche zu hören. (Sehr richtig! links.) Die Regierung hat allerdings schon im vorigen Jahre erklärt, daß an die Einführung des Reichswahlrechts für Preußen nicht zu denken sei, und doch können die Minister sich für die Einführung mehr Arbeit leisten, wenn der Zweck zwischen Reichswahlrecht und Landtagswahlrecht besteht wird. (Sehr richtig! links.) Die Konventionen werden nicht für uns stimmen, wohl aber kann es das Zentrum, und ich hoffe, daß es früherer Ansicht über das Wahlrecht nicht untertreue wird. Das bisherige Wahlrecht ist ein schändliches Unrecht und ebenso die Wahlkreiserteilung, die bereits über ein halbes Jahrhundert alt — trotz unflirgender Bewegung in der Bevölkerungsziffer dieselbe geblieben ist. Wir müssen verlangen, daß die Kreise der Handwerker, Gewerbetreibenden und Arbeiter bei dem Wahlrecht mehr berücksichtigt werden als bisher. Das Übermaß des Großgrundbesitzes in diesem Staat wird um so bitter empfunden, als das Verhhältnis, das manchem zwar mehr recht ist, aber die sozialen Anforderungen der Zeit nicht, doch die meisten Tendenzen verlangt: ist es ja doch seiner ganzen Struktur nach ein überbleibsel aus längst vergangener Zeit. Dieses einseitige Wahlrecht für Preußen färbt natürlich auch auf die Verwaltung, den Bureaucratismus, die Befugnisse verantwortlicher Stellen usw. ab, und wenn die Minister wirklich einmal gegen die Mißstände antämpfen wollen, dann finden sie den größten Widerstand in diesem Hause, dann schließen die Führer der Konventionen auf den Tisch und machen der Regierung den Standpunkt klar, ja sie läuten dem Minister einfach das Sterbeglocklein. (Zustimmung links.) Unter der Herrschaft der heutigen Mehrheit und mit Unterstützung der konservativen Partei ist die Sache immer mehr und mehr unter den Fingern der Kreise abgefallen. (Anträge rechts und im Zentrum.) Man sagt, man will keine Demokratisierung des Wahlrechts; uns schreit dieses Schlagwort nicht, und unsere Forderung des direkten und geheimen Wahlrechts dient doch wahrhaftig nicht zur Demokratisierung. (Sehr richtig! links.) Wenn die Regierung uns Widerstand leistet, dann wird der Konflikt um so härter, und es ist doch kein Zeichen weiser Staatskunst, dem Vesseren zu widerstreben, nur um eine Kasse über Wasser zu halten. Im Reichstag sind Angriffe gegen Preußen erhoben worden, das ist geschehen (sehr richtig!) und jeder preussische Abgeordnete wird derartige Schmähungen gegen Preußen und gegen Deutschland verurteilen. (Zustimmung links.) Wir erkennen an, was Preußen geleistet hat und vor allem für das Reich. Wir wollen ein hartes und mächtiges Preußen und wollen an seiner Größe mitarbeiten. (Beifall rechts.) Gerade deswegen verlangen wir, daß befristet wird, was möglich und faul im Staat ist. Preußen soll die Vormacht im Reich sein, deshalb dürfen die preussischen Einrichtungen nicht dauernd zurückbleiben hinter denen anderer Bundesstaaten. Der Regierung steht aber der Wille zur Tat, sonst wäre sie schon längst wieder mit einem Wahlrechtssystem hervorgetreten. Wir hoffen, daß der Reichstagskanzler den preussischen Ministerpräsidenten von der Notwendigkeit entschlossenen Vorkommens in der Wahlrechtsfrage überzeugen wird. (Beifall rechts links, Ziffen rechts.)

Den national-liberalen Antrag begründete hierauf Abg. Dr. Lehmann (Nat.): Das indirekte Wahlrecht birgt viele Gefahren in sich. So hindert das Wahlmann durch gefälschte Zeilegung von der Wahl abgehalten werden. Die öffentliche Wahl führt zum Terrorismus und zu vielen Unzulänglichkeiten; das beweist die geringe Beteiligung an diesen Wahlen. Deshalb verlangen wir die geheime und direkte Wahl. Eine Kombination der geheimen und indirekten Wahl, wie es bei der letzten Wahlrechtsberatung geplant war, ist ein Indium. Für eine Reform des Wahlrechts ist eine Mehrheit in diesem Hause vorhanden. Auch die Konventionen haben bei der Wahlreform 1910 sich bereit erklärt, mitzuarbeiten. Aber sie liegen auf einem anderen Standpunkte: sie wollen dem Willen das Königreich gegeben werden, während wir unsere politische Überzeugung durchsetzen wollen. Das Zentrum läßt sich nur von tatsächlichen Gründen leiten. Wir treiben keine Parteipolitik; denn unser Antrag bringt unserer Fraktion keine Vorteile. Wir lassen uns nur von dem Gedanken leiten, daß eine Reform jetzt durchaus notwendig ist. (Beifall rechts links, den National-liberalen.)

Zur Geschäftsordnung erklärte Abg. Herrsch. Berlin (Nat.): Nach der preussischen Verfassung haben wir das Recht, bei bestimmten Verhandlungen die Anwesenheit der Regierung zu verlangen. Ich bitte um eine Freundlichkeit der Minister des Innern und des Reichsberg, bis zu deren Erscheinen die Verhandlungen ausgesetzt werden. Das Nichterscheinen wäre eine schwere Verletzung des Hauses.

Abg. Dr. v. Schendehoff und der Vize (Nat.): Es ist eine übliche Praxis, daß bei Verhandlung von Initiativanträgen die Minister nicht anwesend sind. Außerdem hat der Ministerpräsident erklärt, die Regierung sei nicht der Meinung, daß jetzt der geeignete Zeitpunkt für eine Änderung des Wahlrechts gekommen sei. Außerdem haben die Anträge gar keinen praktischen Wert, sondern nur den Zweck, unangenehme Entscheidungen gegenüber der Regierung vorzunehmen. Die Vertreter der Sozialdemokratie haben auch gar nicht den richtigen Ton, den wir für die Autokratie der Staatsregierung für notwendig erachten. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. v. Padmide (Herrsch. Vpt.): Wir stimmen dem Antrag Herrsch. Berlin (Nat.) um der Sache willen. Es handelt sich hier um eine Lebensfrage für Preußen, und da sollte doch der leitende Staatsmann hier erscheinen und seine Stellung zur Sache zum Ausdruck bringen. (Beifall links, Ziffen rechts.)

Abg. Herrsch. Berlin (Nat.): Bei Initiativanträgen ist ein Unterschied zu machen. Hier handelt es sich um eine Sache, die der Meinung der Preußen selbst als die der wichtigsten bezeichnet hat. Da müssen wir verlangen, daß der Ministerpräsident hier erscheint. Ich bitte um die unentgeltliche Zustimmung über meinen Antrag.

Abg. Herrsch. Berlin (Nat.): Ich will erachten, es für durchaus möglich, wenn bei einer so wichtigen Angelegenheit das Staatsministerium vertreten ist. Andererseits aber (Abg. bei den Nat.) ist in Betracht zu ziehen, daß die Regierung über die Wahlrechtsreform bei Beratung des Gesetzes und beim Etat sich deutlich ausgesprochen hat. Wenn die Regierung nun heute hier nicht erscheinen will, so kann man daraus den Schluß ziehen, daß sie auch heute noch auf demselben Standpunkt steht wie damals. (Zuruf bei den Nat.): Freiwahligen Anwalt der Regierung!

Abg. Dr. v. Padmide (Nat.): Wir hätten es auch für richtig gehalten, wenn die Regierung erschienen wäre. Aber ich glaube unter diesen Umständen ist es besser, unsere Verhandlungen nicht zu unterbrechen, sondern zu Ende zu führen, und durch unsere Beschlüsse die Regierung zu zwingen, aus ihrem dilatorischen Verhalten herauszutreten.

Abg. Dr. v. Zeltz und Neufisch (Freiwahl.): Wir halten die Anwesenheit der Regierung nicht für erforderlich.

Der Antrag Herrsch. Berlin (Nat.) wurde hierauf gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Polen, Dänen, einiger Freiwahligen und National-liberalen abgelehnt.

Abg. Herrsch. Berlin (Nat.): Wenn denkt die Regierung mit einer Wahlrechtsreform zu kommen? Die Parteien bringen immer Initiativen ein und reden so viel über Wahlrechtsänderung, aber wenn es darauf ankommt, tun sie nichts oder fallen um. Wenn nicht das Zentrum bei der Wahlreform von 1910 verfehlt, um nicht die Reichsreform der Konventionen zu verlieren. Das jetzt Wahlrecht ist ein einziger Terrorismus. Aber mit dem konservativen Mandarinentum in Preußen wird auch das konservative Regiment fallen. Keine Macht der Erde wird aus den Köpfen der Bevölkerung den Willen, das Dreifachwahlrecht zu beseitigen wieder hinanzubringen. Sie (zu den Nat.) wollen den Kampf, wir nehmen ihn an, aber dann geht es auf's Ganze. (Beifall rechts links, bei den Nat.)

Abg. Dr. v. Schendehoff und der Vize (Nat.): Wir haben bereits 1910 über die Wahlrechtsfrage verhandelt, jedoch heute ergibt sich eine neue Beratung nicht nötig wäre. Hier ist von einer großen Erregung im Volk gesprochen worden. In den Reihen der vernünftigen Bevölkerung (Zuruf bei den Nat.): Der Junker! habe ich nichts davon gemerkt. (Sehr richtig! rechts.) Sie (zu den Nat.) wollen die Erregung nur in das Volk hineintragen (Zuruf und Lärm bei den Nat.). Vizepräsident Dr. Herrsch. hat die Zwischenrufe zu unterlassen. Wir halten an den Grundgedanken unseres preussischen Wahlrechts fest (Beifall rechts) und lehnen insbesondere die Anträge ab. (Zustimmung bei den Nat.). Vizepräsident Dr. Herrsch. erklärte nochmals im Hause: Der national-liberale Antrag enthält ja manches, was auch uns gefällt; jedoch (Zuruf links) hat er in seiner letzten Gestalt wenig Anhalt, daß wir dafür stimmen. Auch das Reichswahlrecht enthält viele Mängel. (Sehr richtig! rechts, Widerspruch bei den Nat.). Die Sozialdemokraten wollen die Klassen gegeneinander bringen. (Sehr richtig! rechts, Lärm und Widerspruch bei den Nat.). Vizepräsident Dr. Herrsch. hat uns Ruhe. Wir halten die Einführung der direkten Wahl für ein Indium. Es darf nichts getan werden, was die Interessen des Mittelstandes schädigen könnte. (Zuruf links.) Die Kraft des Staates ruht auf der bodenständigen Bevölkerung, die die (nach links) unterdrückt wollen. Das ist die Fortschrittspartei mit der Sozialdemokratie ein direktes Bündnis abgeschlossen hat. Ich bitte um noch Besonnenheit über die Sache. Das Bündnis ist verteidigt. (Zuruf und Lärm links.) Das Verhalten der Sozialdemokratie hier im Hause macht jede geordnete parlamentarische Arbeit unmöglich, da es den Grundlagen der parlamentarischen Ordnung und Sitten ins Gefäß schlägt. Wenn wir hier die Wünsche des Volkes vertreten, tun wir es immer mit Rücksicht auf die anderen Volksteile, die Vertreter der Sozialdemokratie nehmen aber auf die Interessen anderer Kreise und des Ganzen keine Rücksicht. (Lärm bei den Nat., Abg. Dr. Zeltz rief: Widerliche Verdröhlung! — Vizepräsident Dr. Herrsch. rief: Ich darf zur Ordnung.) Solange noch ein Mitglied meiner Partei hier steht, wird er gegen Sie kämpfen. (Beifall rechts, wiederholtes Bravo! rechts, Ziffen links.)

Abg. Herrsch. Berlin (Nat.): Für uns ist das geheime Wahlrecht wichtiger als das direkte. Die Forderung nach anderweitiger Feststellung der Wahlbezirke lehnen wir ab. Wir werden uns selbstredend jeder Verschlechterung des Wahlrechts im pluralistischen Sinne widersetzen, und deshalb treten wir für die Beibehaltung der Dreiteilung in den Wahlbezirken ein.

Abg. Herrsch. Berlin (Nat.): Das preussische Wahlrecht ist nach unserer Auffassung vollständig unzulänglich geworden. Der preussische Staat erfüllt seine Pflicht nicht, um ihn dazu zu zwingen, sind wir das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht. (Beifall bei den Polen.)

Abg. Herrsch. v. Zeltz und Neufisch (Freiwahl.): Der Abg. v. Schendehoff hat schon ausgesagt, daß kein künftiger Mann jemals einem Sozialdemokraten seine Freundlichkeit leisten kann. Das preussische Wahlrecht ist verfallsbedürftig und verfallsbedürftig, und daran wollen wir mitarbeiten. Den freiwahligen Antrag lehnen wir ab. Der geheime Stimmaßstab stimmt ein Teil meiner Freunde nur ab, wenn auch materielle Änderungen im Wahlrecht eintreten. Die Einführung des Reichswahlrechts würde für Preußen großen Schaden bringen. Den national-liberalen Antrag lehnen wir ab. Wir werden unsere Sympathie gegenüber. Doch können wir der Beteiligung der Dreiteilung in den Wahlbezirken nicht beitreten. (Beifall rechts links.)

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wurde angenommen. Das Schlußwort erhielt Abg. Dr. v. Padmide (Herrsch. Vpt.): Daß die Konventionen sich nicht von rein sachlichen Gesichtspunkten in ihrer Politik leiten lassen, beweist ihre Stellung zur Bräutigamsfeier. Fürst Bismarck sagte hierüber: Es war ein frivolles Spiel, das die Konventionen mit den Interessen der Monarchie und des Bundes getrieben haben.

übliche Praxis, daß bei Verhandlung von Initiativanträgen die Minister nicht anwesend sind. Außerdem hat der Ministerpräsident erklärt, die Regierung sei nicht der Meinung, daß jetzt der geeignete Zeitpunkt für eine Änderung des Wahlrechts gekommen sei. Außerdem haben die Anträge gar keinen praktischen Wert, sondern nur den Zweck, unangenehme Entscheidungen gegenüber der Regierung vorzunehmen. Die Vertreter der Sozialdemokratie haben auch gar nicht den richtigen Ton, den wir für die Autokratie der Staatsregierung für notwendig erachten. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. v. Padmide (Herrsch. Vpt.): Wir stimmen dem Antrag Herrsch. Berlin (Nat.) um der Sache willen. Es handelt sich hier um eine Lebensfrage für Preußen, und da sollte doch der leitende Staatsmann hier erscheinen und seine Stellung zur Sache zum Ausdruck bringen. (Beifall links, Ziffen rechts.)

Abg. Herrsch. Berlin (Nat.): Bei Initiativanträgen ist ein Unterschied zu machen. Hier handelt es sich um eine Sache, die der Meinung der Preußen selbst als die der wichtigsten bezeichnet hat. Da müssen wir verlangen, daß der Ministerpräsident hier erscheint. Ich bitte um die unentgeltliche Zustimmung über meinen Antrag.

Abg. Herrsch. Berlin (Nat.): Ich will erachten, es für durchaus möglich, wenn bei einer so wichtigen Angelegenheit das Staatsministerium vertreten ist. Andererseits aber (Abg. bei den Nat.) ist in Betracht zu ziehen, daß die Regierung über die Wahlrechtsreform bei Beratung des Gesetzes und beim Etat sich deutlich ausgesprochen hat. Wenn die Regierung nun heute hier nicht erscheinen will, so kann man daraus den Schluß ziehen, daß sie auch heute noch auf demselben Standpunkt steht wie damals. (Zuruf bei den Nat.): Freiwahligen Anwalt der Regierung!

Abg. Dr. v. Padmide (Nat.): Wir hätten es auch für richtig gehalten, wenn die Regierung erschienen wäre. Aber ich glaube unter diesen Umständen ist es besser, unsere Verhandlungen nicht zu unterbrechen, sondern zu Ende zu führen, und durch unsere Beschlüsse die Regierung zu zwingen, aus ihrem dilatorischen Verhalten herauszutreten.

Abg. Dr. v. Zeltz und Neufisch (Freiwahl.): Wir halten die Anwesenheit der Regierung nicht für erforderlich.

Der Antrag Herrsch. Berlin (Nat.) wurde hierauf gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Polen, Dänen, einiger Freiwahligen und National-liberalen abgelehnt.

Abg. Herrsch. Berlin (Nat.): Wenn denkt die Regierung mit einer Wahlrechtsreform zu kommen? Die Parteien bringen immer Initiativen ein und reden so viel über Wahlrechtsänderung, aber wenn es darauf ankommt, tun sie nichts oder fallen um. Wenn nicht das Zentrum bei der Wahlreform von 1910 verfehlt, um nicht die Reichsreform der Konventionen zu verlieren. Das jetzt Wahlrecht ist ein einziger Terrorismus. Aber mit dem konservativen Mandarinentum in Preußen wird auch das konservative Regiment fallen. Keine Macht der Erde wird aus den Köpfen der Bevölkerung den Willen, das Dreifachwahlrecht zu beseitigen wieder hinanzubringen. Sie (zu den Nat.) wollen den Kampf, wir nehmen ihn an, aber dann geht es auf's Ganze. (Beifall rechts links, bei den Nat.)

Abg. Dr. v. Schendehoff und der Vize (Nat.): Wir haben bereits 1910 über die Wahlrechtsfrage verhandelt, jedoch heute ergibt sich eine neue Beratung nicht nötig wäre. Hier ist von einer großen Erregung im Volk gesprochen worden. In den Reihen der vernünftigen Bevölkerung (Zuruf bei den Nat.): Der Junker! habe ich nichts davon gemerkt. (Sehr richtig! rechts.) Sie (zu den Nat.) wollen die Erregung nur in das Volk hineintragen (Zuruf und Lärm bei den Nat.). Vizepräsident Dr. Herrsch. hat die Zwischenrufe zu unterlassen. Wir halten an den Grundgedanken unseres preussischen Wahlrechts fest (Beifall rechts) und lehnen insbesondere die Anträge ab. (Zustimmung bei den Nat.). Vizepräsident Dr. Herrsch. erklärte nochmals im Hause: Der national-liberale Antrag enthält ja manches, was auch uns gefällt; jedoch (Zuruf links) hat er in seiner letzten Gestalt wenig Anhalt, daß wir dafür stimmen. Auch das Reichswahlrecht enthält viele Mängel. (Sehr richtig! rechts, Widerspruch bei den Nat.). Die Sozialdemokraten wollen die Klassen gegeneinander bringen. (Sehr richtig! rechts, Lärm und Widerspruch bei den Nat.). Vizepräsident Dr. Herrsch. hat uns Ruhe. Wir halten die Einführung der direkten Wahl für ein Indium. Es darf nichts getan werden, was die Interessen des Mittelstandes schädigen könnte. (Zuruf links.) Die Kraft des Staates ruht auf der bodenständigen Bevölkerung, die die (nach links) unterdrückt wollen. Das ist die Fortschrittspartei mit der Sozialdemokratie ein direktes Bündnis abgeschlossen hat. Ich bitte um noch Besonnenheit über die Sache. Das Bündnis ist verteidigt. (Zuruf und Lärm links.) Das Verhalten der Sozialdemokratie hier im Hause macht jede geordnete parlamentarische Arbeit unmöglich, da es den Grundlagen der parlamentarischen Ordnung und Sitten ins Gefäß schlägt. Wenn wir hier die Wünsche des Volkes vertreten, tun wir es immer mit Rücksicht auf die anderen Volksteile, die Vertreter der Sozialdemokratie nehmen aber auf die Interessen anderer Kreise und des Ganzen keine Rücksicht. (Lärm bei den Nat., Abg. Dr. Zeltz rief: Widerliche Verdröhlung! — Vizepräsident Dr. Herrsch. rief: Ich darf zur Ordnung.) Solange noch ein Mitglied meiner Partei hier steht, wird er gegen Sie kämpfen. (Beifall rechts, wiederholtes Bravo! rechts, Ziffen links.)

Abg. Dr. v. Schendehoff und der Vize (Nat.): Für uns ist das geheime Wahlrecht wichtiger als das direkte. Die Forderung nach anderweitiger Feststellung der Wahlbezirke lehnen wir ab. Wir werden uns selbstredend jeder Verschlechterung des Wahlrechts im pluralistischen Sinne widersetzen, und deshalb treten wir für die Beibehaltung der Dreiteilung in den Wahlbezirken ein.

Abg. Herrsch. Berlin (Nat.): Das preussische Wahlrecht ist nach unserer Auffassung vollständig unzulänglich geworden. Der preussische Staat erfüllt seine Pflicht nicht, um ihn dazu zu zwingen, sind wir das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht. (Beifall bei den Polen.)

Abg. Herrsch. v. Zeltz und Neufisch (Freiwahl.): Der Abg. v. Schendehoff hat schon ausgesagt, daß kein künftiger Mann jemals einem Sozialdemokraten seine Freundlichkeit leisten kann. Das preussische Wahlrecht ist verfallsbedürftig und verfallsbedürftig, und daran wollen wir mitarbeiten. Den freiwahligen Antrag lehnen wir ab. Der geheime Stimmaßstab stimmt ein Teil meiner Freunde nur ab, wenn auch materielle Änderungen im Wahlrecht eintreten. Die Einführung des Reichswahlrechts würde für Preußen großen Schaden bringen. Den national-liberalen Antrag lehnen wir ab. Wir werden unsere Sympathie gegenüber. Doch können wir der Beteiligung der Dreiteilung in den Wahlbezirken nicht beitreten. (Beifall rechts links.)

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wurde angenommen. Das Schlußwort erhielt Abg. Dr. v. Padmide (Herrsch. Vpt.): Daß die Konventionen sich nicht von rein sachlichen Gesichtspunkten in ihrer Politik leiten lassen, beweist ihre Stellung zur Bräutigamsfeier. Fürst Bismarck sagte hierüber: Es war ein frivolles Spiel, das die Konventionen mit den Interessen der Monarchie und des Bundes getrieben haben.

Wir sollen in die Rechte der Demokratie gelangen sein. (Sehr richtig verhandelt.) Diese Worte des Herrn v. Seydewitz haben sich nicht erfüllt. Das Reichstag muß seinen feindlichen Charakter entfalten werden. (Sehr. Sehr. Laut v. Falkenberg vom Ministerium des Innern betrat auf einen Augenblick den Saal, um leibhaftig die Stimmen der Rinken empfangen.) Die Wahlfrage ist den Konventionen eine Wochtag. Die Regierung treibt hierbei eine Verjährungspolitik. Wir beantragen namentliche Abkündigung unserer Verfassungsantrag.

Hg. Dr. Friedberg (Natl.): Herr v. Seydewitz hat sich zwar für unseren Antrag (unpatriotisch) ausgesprochen; aber mir scheint, wenn es nach seinen Wünschen ginge, dann würde die ganze Frage auf ein totales Gelingen. Die Gegner der preussischen Staats, von deren Aufrechterhaltung so viel gesprochen wird, beruht auf einem viel schlechteren Grund als auf dem Dreifachsystem. Wir wollen bei dem Wahlrecht solche Korrekturen, die nicht einzelnen Parteien zugute kommen, sondern der Allgemeinheit, (Rechtlos: Bravo! richtig.)

Es folgte die Abstimmung. Der Antrag Kronsohn, der das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht und eine Änderung der Wahlbezirke will, wurde abgelehnt, ebenso der Antrag Friedberg, der das geheime und direkte Wahlrecht mit Vereinfachung der Drittelung in den Wahlbezirken will.

Über den Verfassungsantrag Kronsohn, der noch für diese Session die Vorlegung eines Gesetzesentwurfes verlangt, monach das allgemeine, direkte und geheime Wahlrecht für Preußen eingeführt wird, fand namentliche Abstimmung statt.

Es stimmten für den Antrag 188, dagegen 188 Abgeordnete, bei einer Stimmenthaltung. Mitin war auch dieser Antrag abgelehnt.

Hieran verlagte sich das Haus.

Nächste Sitzung Dienstag 11 Uhr: Verfassungsfrage (2. Lesung), Rechnungsangelegenheiten, Anträge der Geschäftsausschusses, Kommission für Erleichterung der Ermächtigung zur Strafverfolgung gegen den Vorstands-Redakteur sowie gegen die Hgg. Borchardt und Reinert (Soz.), Anträge aus dem Hause, Schluß 5 Uhr.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 20. Mai 1912.

Am Bundesratliche Staatssekretär Dr. Delbrück. Präsident Dr. Macpff eröffnete die Sitzung um 1 Uhr 20 Min. Auf der Tagesordnung stand zunächst die erste Lesung der am 20. September 1911 in Berlin unterzeichneten Verträge mit Bulgarien und zwar eines Konventionsvertrages, eines Vertrages über Rechtshilfe und Rechtshilfe in bürgerlichen Angelegenheiten und eines Auslieferungsvertrages.

Ministerialdirektor Dr. Krüge: Seit dem Abschluß des letzten Handelsvertrages geht das Streben dahin, den bisherigen auf dem sogenannten Kapitulationsrecht beruhenden Zustand dahin zu ändern, daß die Bestimmungen des modernen Völkerrechts auch auf Bulgarien Anwendung finden. Unbedenklich können wir Bulgarien die gleiche vorteilhafte Behandlung zuteil werden lassen, als den übrigen europäischen Ländern. Ich empfehle Ihnen die Verträge zur Annahme.

Hg. Dr. Am Jahnhoff (Str.): Es sollte bei Abschluß derartiger Verträge darauf Bedacht genommen werden, das Auslieferungsverträge international zu gestalten.

Hg. Dove (Vorfr. Spt.): Es sollte auf die Zölle ein Druck ausgeübt werden, daß sie für prozessuales Recht, namentlich das Handelsrecht, der modernen Gesetzgebung der übrigen Kulturländer anpaßt.

Im weiteren Verlaufe der Debatte erklärte Ministerialdirektor Dr. Krüge: Das Auslieferungsvertrages mit Rumänien wird alsbald unterzeichnet werden. Die Entwicklung der Rechtspflege in der Zölle ist fähig Gegenstand unserer Aufmerksamkeit.

Die Verträge wurden in der sofort sich anschließenden zweiten Lesung angenommen.

Es folgte die erste Lesung des Ergänzungsetats für 1912. Staatssekretär Dr. Delbrück: Dieser Nachtragsetat enthält die Forderung von 7500 Mark für Vorarbeiten zum Ausbau des Reichstagsgebäudes und 200 000 Mark für eine Versicherungsanstalt für Luftschiffahrt. Diese Forderung entspricht früheren Resolutionen des Hauses.

Nach kurzen zusammenfassenden Erklärungen der Hgg. Dr. Spahn (Str.), Hoffmann (Natl.) und Dr. Müller-Meiningen (Vorfr. Spt.) wurde die Vorlage auch in zweiter Lesung sofort angenommen.

Es folgte die zweite Lesung des Gesetzesentwurfes betreffend Vereinfachung des Brantweinkontingents.

Hg. Dr. Sibelum (Soz.): Die Aufhebung der Viebesgabe, wie sie sich jetzt geltend, würde bedeuten, daß wieder die Armeen der Armen die Lasten übernehmen. Die ostelbische Landwirtschaft braucht die Viebesgabe zur Deckung ihrer hohen persönlichen Bedürfnisse. Das Kontingent für die Bremerer ist an Bedeutung verloren, deshalb sollte auch seine Aufhebung leichter zu erreichen sein. Wir sind natürlich nicht bereit zu haben, diese Kontingente mitzunehmen, deshalb haben wir uns in der Kommission bereit erklärt, für eine Erweiterung der Viebessteuer einzutreten, um dadurch der Regierung die Möglichkeit zur Balanzierung des Etats zu geben. Darauf ist man aber zunächst nicht eingegangen. Wir erlauben Sie erneut, Ernst zu machen mit der Abschaffung der Viebesgabe, die hier nur scheinbar versucht wird.

Hg. Speck (Str.): Eine rechte Freude hat niemand an der jetzigen Vorlage. Die Materie der Brantweinsteuererhebung ist so schwierig, daß nicht einmal die Parteien in sich geschlossen sind. Die Interessen selbst, sowohl die Produzenten, wie auch die Verbraucher, lehnen die Vorlage ab. Das Schlagwort 'Viebesgabe' ist ein gefährliches Agitationsmittel. Die meisten Agitatoren haben überhaupt einen Begriff von dem Wesen der Viebesgabe. (Sehr richtig!) Wisser klug es, daß die Viebesgabe ein Geschenk an die ostelbischen Jünger sei, und jetzt soll die Aufhebung eine Belastung des Volkes sein. (Sehr gut!) Wenn wir die Vorlage nicht annehmen, so stellen wir das Reich wieder vor ein Defizit. (Zuruf: Gefährlichste!) Die Viebesgabe von 16 Millionen Mark war, wenn sie überhaupt ein Geschenk war, ein Geschenk an die Konventionen, nicht an die Produzenten. Wenn wir der Vorlage zustimmen, so geschieht es, weil wir endlich das Schlagwort 'Viebesgabe' aus der Welt schaffen wollen und weil wir die ganze Vorlage der Vorlage für keine Bremerer nicht unterschätzen. Diese Vergünstigung ist namentlich für die Verhältnisse in Süddeutschland von ausschlaggebender Bedeutung. Dann stimmen wir aber auch zu, weil der Kleinhandel mit denaturiertem, oder, wie er jetzt heißt, vergälltem Spiritus erleichtert wird. Damit wird eine alte Beschwerde Süddeutschlands beseitigt. (Beifall.)

Hg. Reinhardt (Natl.): Wir halten es auch nicht für glückselig, daß die Regierung gerade in diesem Moment mit dieser Vorlage gekommen ist. Gegenwärtig interessieren sich auch innerhalb der Produzenten vornehmlich um die Frage, wie es sich mit dem Reichstag verhält. Der Reichstag hat zu befassen; mehrere Abgeordnete, Vertreter, Graf Cramm, Dr. u. a. trugen ihn aus dem Saal; die Hgg. Dr. Struve und Becker verließen sich um den

Vertrauten. Nach einer größeren Unterbrechung wurden die Verhandlungen fortgesetzt. Die Preisbildung für ledigen Spiritus ist nicht der Spirituszentrale überlassen. Der Brand an ledigen Spiritus hat in den letzten Jahren unmaßstäblich angenommen, auch durch die Unterbrechung der gesetzlichen Maßnahmen. Aus dem Bau des Kompositives können wir keine Steine herausnehmen, wollen wir nicht das Ganze gefährden. Deshalb stimmen wir in unserer Mehrheit der Vorlage zu.

Vizepräsident Dr. Posaige teilte mit, daß mehrere Anträge auf namentliche Abstimmung vorliegen.

Nach einer längeren Geschäftsordnungsdebatte wurde beschlossen, diese Abstimmungen schon heute vorzunehmen; in den letzten Tagen der Session können man, wie Hg. Hoffmann meinte, wohl erwarten, daß die Abgeordneten ohne weiteres auf dem Boden seien.

Hg. Dr. Doermann (Vorfr. Spt.): Sollten wir uns entschließen, der Vorlage förmlich doch noch zuzustimmen, so müssen wir doch betonen, daß wir diese neue Konventionen gern vermeiden sehen würden. Wir werden alle materiellen Bedenken gegen einander abwägen und behalten uns unsere definitive Stellungnahme zu der Vorlage vor.

Hg. Graf v. Brudow-Mielgansky (Volo): Wir stimmen für die Fassung der Vorlage, wie sie aus der Kommission hervorgegangen ist.

Hg. Hg. v. Camp-Massauen (Npt.): Die notwendige Folge der Aufhebung der 'Viebesgabe' ist die Erhöhung der Preise für den ledigen Spiritus. Mit begünstigter Freude können wir der Vorlage nicht zustimmen. Wir handeln damit namentlich im Interesse Süddeutschlands.

Hg. Dr. Wilschütz (Str.): Wir wünschen möglichst Erleichterungen für die kleinen Brenner.

Hg. Dr. Weill (Soz.): Es handelt sich hier nicht um die Aufhebung der sogenannten 'Viebesgabe', sondern um die sogenannte 'Aufhebung der Viebesgabe'. (Seitertzeit.) Unsere Anträge zeigen den Weg, die wirkliche Aufhebung der Viebesgabe zu erreichen. Wir verlangen, daß die Erträge dieser neuen indirekten Steuer verwendet werden für die Preisermäßigungen und Herabsetzung der Akzise bei der Akziseerhebung auf 65 Hg.

Hg. Wilschütz (Natl.): Die Wiederkehr meiner Fraktion tritt dieser Vorlage entgegen. Wir stimmen der Herabsetzung der Brantweinsteuer zu, und hätten die Einführung der Erbschaftsteuer gewünscht.

Hg. Wurm (Soz.): Das Volk fällt nicht auf das Mägen hin ein, daß mit dieser Vorlage die Viebesgabe abgeschafft wird. Sie wird nur dem Namen nach beseitigt und anstelle der Viebesgabe durch das Kontingent tritt die Viebesgabe durch den Vergällungsprozess, den Durchschnittsbrand ein. Die Spirituspreise werden immer weiter erhöht werden. (Bravo! bei den Soz.)

Hg. Wurm (Str.): Es ist auf meine Tätigkeit in der Spirituszentrale hingewiesen worden. Seitdem Sie (zu den Soz.) den Spiritus kontrolliert haben, fehlt er Ihnen gänzlich. (Seitertzeit.) Bei mir ist er aber in großer Menge vorhanden. (Große Seitertzeit.) Nur bei den Soz. (Zuruf!) Nicht wird von der Spirituszentrale nicht getrieben. In der Spirituszentrale wird ein Konservativ, ein Nationalist und ein Fortschrittler. Welche Sozialpolitik sollte es da wohl geben?

Hg. Wurm (Soz.): Die Preissteigerung für Spiritus ist erheblich höher als diejenige für die Kartoffeln.

Hg. Wurm (Str.): Die Spirituszentrale hat genossenschaftlichen Charakter. Ihre Einnahmen fließen demnach nicht in die eigene Geschäftstätigkeit.

Staatssekretär Wilschütz: Nach den neuesten Erfahrungen auf diesem Gebiete sind wir nicht besonders begierig, neue Verhandlungen in Szene zu setzen. Liegen aber zwingende Gründe vor, so werden wir uns dem nicht entziehen. Der Antrag, den Kriegsteilnehmern die 16 Millionen zuzumachen zu lassen, kann groß abgelehnt werden; niemand wird sich dem Verzicht der Unfreundlichkeit ihnen gegenüber widersetzen; denn die Regierung hat es übernommen, die nötigen Mittel hierfür flüssig zu machen. Damit schloß die Generaldebatte.

Paragraf 1 befaßt in seinem ersten Teile, daß das Kontingent der Brantweindrenneren für Bayern, Württemberg und Baden aufrecht erhalten, im übrigen aber beseitigt wird. Der niedrigere Akzisenfuß von 1,25 Mark für das Sier Alkohol wird aufgehoben. Die Sozialdemokraten beantragen zu sagen: Der höhere Akzisenfuß von 1,25 Mark. Dieser Antrag wurde in namentlicher Abstimmung mit 141 gegen 214 Stimmen bei einer Stimmenthaltung abgelehnt.

Paragraf 1, Absatz 2 will aus dem Ertrage der Verbrauchsabgabe der Einnahme an Vertriebsaufgabe jährlich 16 Millionen zuführen, die zur Erhöhung der Vergütung für vergällten Brantwein zu verwenden sind. Die Sozialdemokraten beantragen, diese 16 Millionen als Beihilfen an hilfsbedürftige Kriegsteilnehmer teilweise zu verwenden.

In namentlicher Abstimmung wurde auch dieser Antrag mit 147 gegen 208 Stimmen abgelehnt und sodann § 1 in der Fassung der Kommission angenommen.

Bei § 2 beantragte Hg. Dr. Sibelum (Soz.) Streichung der Bestimmung, daß die Befreiung für die fidejuciarischen Staaten nicht ohne Anhebung der zentralen Steuern geändert werden könne.

Staatssekretär Wilschütz erwiderte, diesen Antrag abzulehnen. Der Antrag wurde in namentlicher Abstimmung abgelehnt. Es stimmten für Aufrechterhaltung der Kommissionsfassung 219, dagegen 126 Abgeordnete, 2 Stimmen waren unglücklich.

§ 3 wurde nach kurzer Debatte in der Fassung der Kommission angenommen, ebenso die §§ 4 ff.

§ 7a, der die Herabsetzung des Kontingents für gewerbliche Brennerien auf 3000 Hektoliter vorschreibt, wurde auf Antrag des Hg. Dietrich (Str.) gestrichen.

Bei § 7 b vertrat Hg. Schwelbardi (Vorfr. Spt.) einen Antrag seiner Partei auf anderweitige Befreiung der Steuern für Überbrand.

Der Antrag der Sozialdemokraten zu § 7b, die für Weisverfertigung benötigten Mengen unvollständig vergällten Alkohols von der Vergütung auszufreien, wurde angenommen.

Im übrigen wurde der Rest der ganzen Vorlage nach den Beschlüssen der Kommission unter Ablehnung aller Änderungsanträge angenommen.

Sodann verlagte sich das Haus auf Dienstag 11 Uhr. Militärschutzgesetz, Katastrophe und kleine Vorlagen. Schluß 8 Uhr 15 Minuten.

Die Luftschiffahrt.

Zwei wem oberherrlichen Zulieferung. Wie die Flugleitung mittel, wird beabsichtigt, die letzte Etappe Freiburg - Konstantin mit Schwarzwaldbüberquerung bei günstigen Wetter bereits am heutigen Dienstag zu beginnen. Im den Fliegern, die heute in beträchtlicher Höhe fliegen und die Automotoren nicht benutzen können, eine gute Orientierungsmöglichkeit zu sichern, sind außerordentliche Maßnahmen getroffen worden. Es werden auf der Strecke drei große Rauchfeuer brennen. Ferner wird der jenseits eingetroffene Oberleutnant Freiherr von Billie vom Gebirge aus die Flieger durch Hellgrünsignale orientieren, bei unglücklichen Wetter aber auch zum ersten Male Verläufe mit Linienlampen machen. Zahlreiche Einzelposten sind im Gebirge verteilt. Ferner wird von den Meteorologen das Aufsteigen der gefährlichen Höhenwinde erst telegraphisch angeündigt werden, dann erst werden die Flieger starten. Eine bestimmte Abflugzeit für heute, Dienstag, früh kann deshalb noch nicht angegeben werden.

In Gegenwart des Prinzen Heinrich von Preußen hat am Montag früh durch den Oberleutnant von Odershausen eine eingehende Inspektion der Flieger für die letzte Strecke stattgefunden.

Wie uns aus Paris gemeldet wird, hat der Militärminister, General Bahard 4 während eines am Montag vormittag vom Luftschiffahrt bei Compigne aus unternommenen Fluges eine Höhe von 2800 Metern erreicht und damit einen Weltrekord aufgestellt.

Weltrekord. Wie uns aus Paris gemeldet wird, hat der Militärminister, General Bahard 4 während eines am Montag vormittag vom Luftschiffahrt bei Compigne aus unternommenen Fluges eine Höhe von 2800 Metern erreicht und damit einen Weltrekord aufgestellt.

Kongresse und Ausstellungen.

W. Vom Deutsch-evangelischen Frauenbund. In Weimar wurde am 20. Mai die neunte Generalversammlung des Deutsch-evangelischen Frauenbundes durch die Bundesvorsitzende, Frau Levin Paula-Müller-Pannower, eröffnet, zu der gegen 500 Teilnehmer erschienen sind. 110 Ortsgruppen haben 125 Delegierte entsandt. Vertreten sind die Großherzogin von Sachsen-Weimar und die Herzogin von Coburg-Gotha. Die Vorsitzende übertrug dem Staatsminister Dr. Röhre, Erster Bürgermeister Dr. Donndorf, Geh. Kirchenrat Dr. Spinner, Schulungsleiterin wurden genannt an die deutsche Kaiserin, die Großherzogin von Sachsen-Weimar und die Herzogin von Coburg-Gotha. Zur Veranstaltung hießen u. a. die Wohnungsgemeinschaft und die Arbeitervereine.

Aus Halle und Umgebung.

Halle a. S., den 21. Mai 1912.

In der Morgenfrüh.

„Wer recht in Frieden wandern will, der geh' der Sonne entgegen“, rät der Dichter, und es ist bei dem Namen, der es sich erheben hatte, wie blüht die Welt der Morgenfrüh. Wer ist die Sonne nicht aufzugehen, aber zu Himmel will es heller und heller, und die Sterne verschwinden. Eine feierliche Stille ruht über der Erde. Man muß an die anderen jenseits Dichtere denken:

„Und wundert es, dieses Schweigen, Wie einmahl ich noch auf der Morgenfrüh? Die Wälder nur sich leise regen, Als ging der Herr durch stille Feld.“

Jetzt aus einem Heßel ein Sämannesfeld, und noch eier. Die Frühaufrichter unter den Zieren verstanden den Anbruch des neuen Tages. Ein fahler Wind umweht den Wanderer, auf den Blüten und Blumen blüht der Tau, der Himmel im tiefen blauen mit rötlichem Glanz überzogen, der sich unruhig umherbewegt, und die Sterne der ersten Sonnenstrahlen darüber, bald ist es eine Welle goldenen Lichts, die über das Land strömt und vor der die Dämmerung eilends zurückweicht. Es ist jetzt geworden. Die Verben heigen auf und fangen in blauer Luft sich Morgenlicht. Wie nun das Leben erweckt und die einzelnen Stimmen zum vollen Akkorde sich vereinigen, wie die Pflanzen im Sonnenlicht sich aufrichten, die Blumen ihre Melodie öffnen, das alles hört und sieht der Wanderer, der der Sonne entgegengeht, und er jagt auch mit Eigenwort: „An fühlst mich recht wie neu geschaffen, wo ist die Sorge um und Not?“ Und doch die Welt verändert nicht mit dem Morgen, der es aus sich selbst, es kann lange anhalten und nur und zuversicht einfließen. Die sönigliche Wanderzeit ist jetzt wieder, und man verjaume und verschläfe sie nicht, und wie seine gelunden Flügel hat, benutze sie nach Altväterweise. Aber auch zu Mad und im Wunderboot kann man von der Morgenfrüh eines Matrotes fürpörllich und geistig erfrischt und geträuflich werden.

Kurorte und Reisen.

— Schweden-Nummer der „Welt auf Reisen“. Die zweite Nummer der Berliner Touristikzeitung „Welt auf Reisen“ bringt u. a. Flußfahrten über Stockholm, das im Juni und Juli als Schöpfung der Schwedischen Spiele eine besondere Auszeichnung erhält. Die Spelareute ausüben über fünf die landschaftlichen Reize Schwedens weissen Schilderungen von Fahrt und Ausflügen hin, und andere Wanderer machen den Leser mit einigen Hauptzweigen des industriellen Lebens Schwedens bekannt.

— Der Werke Thüringer, illustrierter Führer durch die Thüringer- und Thüringer- und Thüringer- Thüringer, ist der Verlag eines Reichshandbuchs, welches in zweiter Auflage bei der Verlagsgesellschaft Wilhelm Voegelé in Erfurt 66 erschienen (gegen Einbindung von 40 Hg. franco zu beziehen) ist und allen, welche eine Erholungsreise in Thüringen unternehmen wollen, als Berater dienen kann.

— Die Kurorte a. Saale. Die Kurorte Nr. 2 weist bis zum 15. Mai 218 Kurgäste nach.

— 8 Wädigste Solbad Elmen. Bis zum 14. Mai sind 981 Kurgäste angekommen. Die Zahl der verabschiedeten Wäder beträgt bis zum 14. Mai 933.

— Pfingsttage in Baden-Baden. In jungen Maienrind ruht die Wäder, würdig des Empfanges der Pfingsttage. Am Pfingstmontag findet im Kurgarten großes Militärkonzert, in den festlich geschmückten neuen Sälen des Kurhauses Fest-Tanz-Reunion statt. Am Pfingstmontag wird bei Doppelkonzert des hiesigen Orchesters und einer Militärkapelle ein großes Musikfest veranstaltet, am Montag wird ein märchenhaftes Gartenfest und eine Illumination der Kurparks, ein imponierendes pyrotechnisches Schauspiel, veranstaltet. Weitere Musikerebene und Theateraufführungen folgen in den nächsten Tagen, während am Donnerstag nach Pfingsten das große aus fünf Konzerten bestehende Mozart-Schwärzert mit Generalmusikdirektor Ernst von Schuch als Dirigenten und einer Meise erster Besatz und Instrumentalisten beginnt.

— Die ersten Sommergäste sind eingetroffen; das Warmbad ist eröffnet. Der Ort gilt mit seinem herrlichen Strand immer noch als die Perle der Ostsee. Einige Wäder sind neu entstanden, so daß eine Wohnungsmiete nicht wieder zu befürchten ist. Das neuere Herbrand mit einem Wäder und Sonnenbad gibt seiner Solung entgegen, das Damentand und die Segelbahn sind wieder eröffnet. Das Grandhotel läßt der Wäder vergrößern und mit einer Bretterdeckelung und Subsidien ausbauen. Die Eröffnung findet am 1. Pfingsttag statt.

— Die Dienen, Sol., Moor- und Ostsee bei Cammin in Pommern. Im die Wäder der heilkräftigen Sol- und warmen Seebäder Leidenden allgemeiner zugänglich zu machen, hat die Direktion eine Wäderfahrtsverbindung getroffen. Sie stellt zunächst für die Strecke für die Sol- und warmen Seebäder über den Seilungsstrecken fast zum Selbstkostenpreise zur Verfügung. Während durch die Prospekt. Das unmittelbar am Meere gelegene Kurhaus und Strandhotel, sowie das Strandbatholiponial bieten bei mäßigen Preisen gute Verpflegung und Unterhalt.